

«Erste Priorität haben Bürgeranliegen»

SVP-Regierungsrat René Bünter steht seit 100 Tagen dem Umweltdepartement vor

Jürg Auf der Maur: René Bünter, Sie sind seit 100 Tagen Schwyzer Regierungsrat. Wie haben Sie sich eingelebt? **René Bünter:** Die meistgestellte Frage an mich lautet, ob ich jetzt eine Staatskarosse mit Chauffeur hätte. Dann sind jeweils viele erstaunt, dass die Präsenz fast ausschliesslich selber sichergestellt wird.

Was hat Sie am meisten überrascht, oder entsprechen die Erwartungen der Realität?

Ich freue mich über die vielen motivierten Mitarbeiter. Das liegt am guten Arbeitsklima und den interessanten Tätigkeitsfeldern in relativ kleinen überschaubaren Hierarchien mit oftmals eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten.

Wo legen Sie in Ihrem Amt als «Umweltminister» die Schwerpunkte?

Unsere Mission lautet: **Wir arbeiten offen, miteinander und zielorientiert für den Schutz der Umwelt und deren nachhaltige Nutzung durch unsere Bürger.**

Können Sie sich auch in den anderen Bereichen der anderen Departemente erfolgreich einbringen?

Jedes Geschäft wird im Rat besprochen und gemeinsam entschieden.

In welchen also?

In allen.

Die Umwelt hat im Kanton Schwyz einen schwierigen Stand. Das Energiegesetz wurde soeben auf Eis gelegt. Ist das in Ihrem Sinn? Wenn ja, weshalb?

Natürlich! Die Subventionierung bringt die einheimische saubere Wasserkraftnutzung in eine desaströse Situation. Es ist nur konsequent, dass wir als Kanton Schwyz vorausgehen und nicht jedem Bundesfranken hinterherspringen. Das betrachte ich auch als Trumpf betreffend die weiter ungelösten und sehr unbefriedigenden Millionenbeträge, welche Schwyz in den NFA-Topf buttert.

Was halten Sie von der Energiewende, wie sie der Bund plant und das Parlament verabschiedet hat?

Nichts. Da wird eine ideologische Energiepolitik mit neuen Regulierungen, Abgabenerhöhungen und massiven Subventionen vorgelegt. Das würde uns alle teuer zu stehen kommen. Nur konsequent, dass die SVP das Referendum, zusammen mit der Wirtschaft, ergreift.

Soll die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen?

Ja, aber nicht ohne genügend gesicherte und bezahlbare eigene Energieproduktion. Auch müssen wir uns im Klaren sein, dass uns die Kernkraft weltweit noch auf viele Jahre hinaus beschäftigt wird. Deshalb darf man sich der intensiven Weiterentwicklung dieser Energieform nicht verweigern.

Sehen Sie weitere Möglichkeiten?

Die Zeit für grosse neue Wasserkraftwerke ist vorbei ~~ca~~ auch aufgrund immer neuer zeitraubender

Einsprachen, welche einseitig natur- und landschaftschützerische Interessen vertreten. In erster Linie ist dafür zu sorgen, dass die bestehenden Wasserspeicherkraftwerke erhalten oder ausgebaut werden können.

Was sind die nächsten Vorhaben, welche Ihr Departement dem Kantonsrat einreichen wird?

Die Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes sowie die Etzelwerk-Neukonzessionierung stehen ganz oben auf der Traktandenliste. Zudem laufen zahlreiche Nutzungsplanungen. Ihr Vorgänger hatte Probleme: Der Rat folgte ihm nicht bei der beabsichtigten Bekämpfung der invasiven Pflanzen. Nun läuft ein Pilotprojekt. Wie geht es hier weiter?

Ich habe ein gut strukturiertes Departement übernommen. Dass die politische Gefolgschaft nicht bei jedem Geschäft da ist, gehört zum Job. Das Pilotprojekt mit 14 Gemeinden ist auf Kurs. Gerade dieses Projekt zeigt, dass es nicht immer kantonale Anschlussgesetzgebungen braucht für die effiziente Aufgabenerfüllung. Die Zusammenarbeit mit Gemeinden, Bezirken und dem Kanton konnte mit einer Verwaltungsvereinbarung rechtsgültig unterschrieben werden. Dabei sind die Aktivitäten je nach Gegend sehr ausgeprägt und lokal unterschiedlich. Auch ist Wert auf die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen und spezialisierten Büros zu legen.

Was ist Ihnen als Regierungsrat am wichtigsten?

Erste Priorität haben die Bürgeranliegen. Erst an zweiter Stelle folgt die Regierungstätigkeit. Schliesslich habe ich keinen Arbeitsvertrag, aber eine Aufgabe durch die Wahl erhalten. Die Rolle als Regierungsrat sehe ich erstrangig in der Scharnierfunktion; zwischen Bürger und Verwaltung.

Wie hoch ist der Arbeitsaufwand als Regierungsrat? Haben Sie einen höheren/kleineren Aufwand erwartet?

Nach drei Monaten schätze ich das Pensum auf rund 80 Prozent. Somit handelt es sich um ein Hauptamt, aber nicht um ein Vollamt. Wäre es anders, müsste das Gesetz ja längst geändert worden sein.

Wie beurteilen Sie das «Klima», die Gesprächskultur im Kollegium?

Das erlebe ich freundschaftlich und hilfsbereit. Den Departementsanliegen wird offen gegenübergetreten, und es wird offen entschieden. Natürlich spüre ich noch den Wind, dass eher den an deren Departementen nicht dreingeredet werden soll. Aber so verstehe ich die Regierungsarbeit überhaupt nicht. Schliesslich ist man nicht als Departements-Chef gewählt. Als Kantonsrat war für Sie Sparen ein grosses Anliegen.

Die Regierung erklärte jeweils, die Zitrone sei ausgepresst. Sehen Sie das nun anders?

Welche Zitrone? Ich staune über die vielfältigen Aufgaben des Kantons jeden Tag. Weiss denn immer die Rechte, was die Linke macht? Ich bin überzeugt, dass noch mehr zusammengearbeitet werden könnte. Als Beispiel fragte ich bei der Neubesetzung der Revitalisierungs-Stelle im Amt für Wasserbau, wie viel denn die Überschneidung zum Amt für Umweltschutz sei. Unumwunden kamen 20 Prozent zutage.

Das heisst?

Ich trage die sechs Stellenerhöhungen im Umwelddepartement in den vergangenen Jahren nicht mit.

Es wurde verpasst, Schwerpunkte zu legen und bewusst zu verzichten. Eine Priorität müsste meines Erachtens generell auf die Sicherheitsorganisationen gelegt werden.

Wo könnte noch gespart werden?

Zudem bin ich der Ansicht, dass die Verwaltung mit fünf Departementen geführt werden kann. Ämterzusammenschlüsse wären die Konsequenz. Die Departementsreform 2008 müsste jetzt weitergehen. Unter anderem wären im Umweltdepartement das Landwirtschaftsamt und das Amt für Raumplanung durchaus richtig platziert. Bei jeder Umstrukturierung müsste aber im Voraus das Einsparungspotenzial eruiert werden. Als zweites Beispiel: Mit dem Lohngefüge bin ich nicht einverstanden. Frontarbeiter, zum Beispiel Polizisten, müssten besser entlohnt werden. Spitzenbeamte brauchen keine Lohnerhöhungen.

Wie ist Ihre Vision des Kantons? Wie könnte oder soll er in 20 Jahren aussehen?

Wir meistern die finanziellen Schwierigkeiten und verteidigen unseren internationalen Spitzenplatz erfolgreich. Dank den Naturschönheiten und intakten Landschaften geniessen wir weiterhin einen hervorragenden Ruf. Dieses kulturelle und natürliche Erbe gilt es nachhaltig zu nutzen und zu schützen für die nächsten Generationen.

Das Schwyzer Regierungsamt ist wie gesagt noch immer als Teilzeitaufgabe zu 80 Prozent definiert. Reicht das? Können Sie noch anderen Tätigkeiten nachgehen? Wenn ja, welchen?

In beschränktem Umfang kann bisherigen Projekten nachgegangen werden. So betrachtet, lässt das Regierungsrats-Amt im Kanton Schwyz Spielraum, was ich zwar persönlich begrüsse. Für die anstehenden Herausforderungen ist eine Professionalisierung richtig. Damit meine ich eine konsequentere Trennung von operativen und strategischen Aufgaben. Heute stellen sich Fragen in unglaublicher Tiefe und Vielfalt. Das ist zwar zuweilen spannend, hat aber oftmals nicht viel mit Führung zu tun. Zum Beispiel unterschreibe ich laufend Bewirtschaftungsverträge, oder es gelangen Wasserkonzessionen an den Gesamtregierungsrat. Die Kompetenzen-Überprüfung war einer meiner ersten Entscheide für das ganze Departement.



Regierungsrat René Bünter zieht nach 100 Tagen im neuen Amt eine erste Bilanz. Ganz oben auf der Traktandenliste steht die Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes.

Foto: zvg